

## Kriegerheimstätten und Wohnungsfürsorge.

Die österreichische Wohnungskonferenz hat in ihrer vierten Tagung über eine Reihe wichtiger Fragen verhandelt. In erster Linie stand die im modernen Oesterreich viel weniger als im Oesterreich des achtzehnten Jahrhunderts beachtete und geförderte Innenkolonisation, die Vorsorge für die Schaffung landwirtschaftlicher Heimstätten für Bauern und Häusler sowie von Wohnheimstätten im Bereiche der Städte, in der Anordnung von Gartenstädten oder Gartenvorstädten.

Der Gedanke dieser Kriegerheimstätten ist unzweifelhaft warm zu begrüßen. Er entspricht dem so schönen Drange, den Kriegsteilnehmern, die das Vaterland verteidigt haben, nun selbst ein eigenes Haus, einen eigenen Hof zum Dank für ihre Verteidigung von Haus und Hof der Begüterten zu schaffen.

Der Gedanke dieser Kriegerheimstätten an sich ist unzweifelhaft schön und edel empfunden. Zu erwägen wäre aber doch wohl, ob seine Verwirklichung gerade in Oesterreich soviel verspricht, wie man jetzt zu erwarten scheint, und ob nicht neben dieser Aktion mindestens gleichwertige oder wohl gar noch dringlichere Fürsorgemaßnahmen zu erwägen wären. Die innere Kolonisation hat im neuen Oesterreich, wie wir schon erwähnt haben, bisher wenig Pflege gefunden. Diese Erscheinung wurde wiederholt auch auf nationalpolitische Verhältnisse zurückgeführt. Inwieweit diese Erklärung zutrifft, bleibe hier dahingestellt. Tatsache ist, daß der Staat selbst dort, wo er für sich oder für die von ihm verwalteten Fonds (Religionsfonds) Grundbesitz zu verwalten hat, der Besiedlung keine nennenswerte Beachtung geschenkt hat oder schenken konnte. Selbst nicht in dem Lande, das sich für die innere Kolonisation vielleicht wenigstens prinzipiell geeignet hätte, in Bosnien-Serzegowina. Dort war offenbar schon die staatsrechtliche Frage hinderlich, die Gemeinsamkeit des Landes, dann aber auch die Notwendigkeit, die Grundbesitzverhältnisse neu zu regeln. Daher kommt es auch, daß auch die wenigen Kolonien in unserem Reichslande nicht von uns fern, sondern von deutschen Staatsangehörigen geschaffen wurden. Einige hübsche Anläufe liegen dagegen in Ungarn vor, wo mehrere Großgrundbesitzer Güter in gemeinnütziger Absicht für Kolonisationszwecke parzelliert und überlassen haben. In Deutschland lagen die Verhältnisse für seine aus nationalen Gründen erwünschte innere Kolonisation insoweit viel günstiger, als dort vielfach von Uebervölkerung zu sprechen ist. Dort kommen 120, in Oesterreich nur 95 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Dort war es aber auch, abermals dank der Gunst der nationalen Verhältnisse, weit leichter, der Auswanderung die innere Kolonisation gegenüberzustellen. Daß die Auswanderung aus Deutschland (3,9 auf 10.000 Einwohner) so viel geringer als die aus Oesterreich (analog 45,4) war, läßt sich indes wohl nicht darauf, sondern auf ganz andere Gründe zurückführen. Und wenn wir hier dem Späteren vorgehen dürfen, möchten wir feststellen, daß diese Heimstättenbewegung sich bei der beklagenswerten Größe unserer Auswanderung in erster Linie die Volkselemente ins Auge fassen müßte, die bisher das Hauptkontingent der Auswanderer gebildet haben. Und da mit vieler Bestimmtheit anzunehmen ist, daß nach dem dereinstigen Friedensschluß nicht so sehr die Auswanderung wieder aufleben, sondern weit eher eine Rückwanderung in großem Maße einsetzen wird, so wäre unseres Erachtens die Erleichterung dieser Rückwanderung durch Schaffung von Heimstätten zugunsten solcher Rückwanderer ins Auge zu fassen. Diese Rückwanderer, die jahrelang in Uebersee, fern von der Heimat gearbeitet haben, werden sich gewiß um so leichter in die Ansiedlung auch an den Reichsgrenzen bereit finden. Die Schaffung solcher Grenzansiedlungen bildet ja ohnedies einen Teil des in der Wohnungskonferenz entworfenen Programmes. Eine ganz andere Frage ist es dagegen, ob es wirklich ein ganz dringliches Bedürfnis ist, für „Bauern und Häusler“ Kriegerheimstätten zu schaffen. Wir müssen da vor allem zwischen dem Innviertel und dem Hinterland unterscheiden. In dem vom Feinde seinerzeit verheerten Gebiete ist die Rekonstruktion ganz selbstverständlich, und wenn sie da unter Anlehnung an den Heim-

stätte-Gedanken erfolgen sollte, wäre das nur zu begrüßen. Anders verhält es sich aber um das unberührt gebliebene Hinterland. Dort hat sich unter der Einwirkung der Kriegsverluste die Zahl der Besitzer, also auch der Bauern, nicht aber die der Besitzungen verringert! Die Besitzobjekte sind also unverändert geblieben. Für die Bauern, die unverfehrt aus dem Kriege heimkehren, muß man nicht erst neue Bauernhöfe schaffen. Die Heimkehrenden werden vielmehr mit großer Freude in ihren alten Hof zurückkehren. In Oesterreich standen bei der letzten Volkszählung in der Landwirtschaft den 5,19 Millionen selbständiger Unternehmer 3,82 Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter und 7,86 Millionen in der Wirtschaft mithelfende Familienmitglieder männlichen Geschlechtes gegenüber. Die Landwirtschaft in Oesterreich klagt denn auch seit Jahren über Arbeitermangel. Ob es sich in der Praxis bewähren wird, von einem Vorkaufsrechte bei öffentlichen Teilbietungen für Heimstättengründe viel Gebrauch zu machen, dort, wo der Zufall ein ohnedies meist verwahrlostes Gutsobjekt, allerdings billig erwerben läßt, bleibe um so mehr dahingestellt, als es nicht immer so ganz leicht sein wird, den Betrieb eines solchen, einer ganz anderen Besitzkategorie angehörenden Objektes der neuen Besitzkategorie anzupassen. In der Theorie ist ganz ebenso auch die Forderung nach der Schaffung von Wohnheimstätten zu be-

grüßen. In der Praxis stellt sich dagegen auch das teilweise anders dar. Es ist doch gar nicht zu leugnen, daß die Erwerbung einer solchen Wohnheimstätte die Freizügigkeit des Arbeiters ganz wesentlich einengt und ihm vollends bei der Ansiedlung in einer kleineren, nur von wenigen Betrieben besiedelten Gemeinde die Freiheit, im Bedarfsfalle eine bessere Erwerbsgelegenheit zu benutzen, bedenklich kürzen könnte. Dieses Bedenken ist ja auch wiederholt gegen manche von den Großunternehmungen geschaffene Arbeiterhaus-Vorsorgen erhoben worden, so wohlmeinend diese Einrichtungen auch verwaltet werden. Um so viel mehr Einschränkung könnte sich für die dem Arbeiter so unentbehrliche Freizügigkeit bei diesen Heimstätten ergeben, die ihm und seinen Angehörigen auf Jahre hinaus Verpflichtungen auferlegen.

So schön und edel gedacht also der Vorschlag dieser Kriegerheimstätten unzweifelhaft ist, so wenig soll verkannt werden, daß er gerade in Oesterreich größeren Schwierigkeiten als andernwärts begegnen wird, und weiters, daß er speziell für die vom Kriege Heimkehrenden vielleicht doch weniger dringlich als ein Anderes ist: die kreditmäßige Beihilfe für die Heimkehrenden bei der Stellensuche und beim Wiederantritt ihres bis zum Kriegsbeginn betriebenen Berufes, ihres Gewerbes. Wenn die Kriegsteilnehmer abgerüstet sein und sich, mit wenigen Hekern oder Kronen Lohnungsabfertigung ausgestattet, vor dem Zwange sehen werden, möglichst rasch ein Unterkommen als Angestellte zu finden oder ihren früheren Betrieb wieder zu eröffnen, da werden ihnen Geldmittel oder Kredit für die Beschaffung von Betriebsmitteln, Rohstoffen zc. das Allerwichtigste sein. Gelbhaushilfen, um nicht den ersten besten oder schlechtesten Posten annehmen zu müssen, Geld aber auch für jene Erfordernisse der Wiederinstandsetzung des Betriebes, des Bauerngutes, der Gewerbsstätte oder des Kaufladens. In Preußen hat man das schon als richtig erkannt und entsprechende Vorsorgen getroffen. Die Arbeit für die wirtschaftliche Demobilisierung auch des einzelnen zählt gewiß zu den ernstesten Aufgaben, die sich im Gefolge des Weltkrieges ergeben werden.

Die Verhandlungen der Wohnungskonferenz über die Wohnungsfrage, über die Vorsorge für Wohnungsinpektoren sind mit ungeteilter Genugtuung zu begrüßen. Ob ihnen in Oesterreich ein wirklich dauernder Erfolg, ein Erfolg, der über die Burgfriedenstimmung der Kriegszeit hinaus reicht, beschieden sein wird, steht freilich noch dahin. Man erinnere sich nur der kläglichen Erfahrungen, die man speziell in Wien mit den Bestrebungen für eine modern gedachte Bau- und Wohnordnung gemacht hat, der trüben Ergebnisse des vieljährigen Vorherrschens der Hausbesitzer-Politik in dieser so wichtigen Frage der Hygiene der Großstadt.